

Geisenheimer Zeitung

General-Anzeiger für den Rheingau.

Anzeigeblatt der Stadt Geisenheim.

Fernsprecher Nr. 123.

Fernsprecher Nr. 123.

Erscheint
wöchentlich dreimal, Dienstag, Donnerstag und Samstag.
Bezugspreis: 3 M 30 & vierteljährlich frei ins Haus
oder durch die Post; in der Geschäftsstelle
abgeholt vierteljährlich 3 M — &.



Anzeigenpreis.
Der 6-spaltigen Beilage oder deren Raum für Geisenheim 15 &;
außwärtiger Preis 20 &. Restameile 50 &. Hierzu 25% Zuschlag.
Bei mehrmaliger Aufnahme Rabatt nach Tarif.
Nr. 2789a der Reichspost-Zeitungsliste.

Nr. 11.

Für die Schriftleitung verantwortlich:
Arthur Jander in Geisenheim a. Rh.

Dienstag, den 27. Januar 1920.

Druck und Verlag von Arthur Jander
in Geisenheim a. Rh.

20. Jahrg.

Holland liefert den Kaiser nicht aus.

Die Antwort der holländischen Regierung auf das Gesuch der Entente um Auslieferung des Kaisers ist abnehmend ausgefallen.

Die holländische Note erklärt, daß der § 228 des Friedensvertrages „keinerlei Wert für die Bestimmung der Pflichten Hollands“ habe und fährt dann fort:

„Die holländische Regierung steht den Ursachen des Krieges völlig fern und hat ihre Neutralität nicht ohne Schwierigkeiten bis zum Ende gewahrt. Sie steht deshalb hinsichtlich der Kriegstaten auf einem völlig anderen Standpunkt als die Mächte. Sie weist jeden Verdacht, die Verletzung der Grundsätze der Solidarität der Nationen mit ihrem souveränen Recht und ihrer sittlichen Autorität in Schutz nehmen zu wollen, nachdrücklich zurück. Aber sie kann keine internationale Verpflichtung darin entdecken, daß sie sich dem Will der hohen internationalen Politik der Mächte anschließen soll. Die Regierung Ihrer Majestät kann, wie der Fall liegt, keine anderen Pflichten anerkennen, als die, welche die Gesetze des Königsreichs und die nationalen Traditionen ihr auferlegen.“

Weber die Staatseide des Königsreichs, die auf den allgemein anerkannten Rechtsgrundsätzen beruhen, noch die anerkannten, jahrhundertalten Traditionen, die Holland zu jeder Zeit zu einem Ausfluchtort für die Verlegten bei internationalen Konflikten gemacht hat, gestatten der Regierung der Niederlande, den Wunsch der Mächte zu bewilligen, indem sie den Kaiser dem Vorzug ihrer Gesetze und ihrer Traditionen entzieht. Das Recht und die nationale Ehre, die als heilige Pflichten berücksichtigt werden müssen, sprechen dagegen.

Das holländische Volk, den Gefühlen gehorchend, welche die Weltgeschichte immer gewürdigt hat, darf den Glauben derjenigen, die sich seinen freien Einrichtungen anvertrauen, nicht beschämen.

Die Räumung Ober-Schlesiens.

Zonenweise Räumung bis zum 10. Februar.

Die in Paris mit den Vertretern der alliierten und assoziierten Mächte abgeschlossenen Verträge haben zu der Vereinbarung geführt, daß die Räumung Oberschlesiens durch die deutschen Truppen vierzehn Tage nach Unterzeichnung des Schlupprotokolls beginnen muß, also am 24. Januar. Die vollständige Räumung muß bis zum 10. Februar durchgeführt werden.

Die letzten alliierten Truppen treffen am 30. Januar abends in Oppeln ein, von wo sie dann weitertransportiert werden. Die Räumung erfolgt zonenweise, so daß sowohl Zusammenstöße zwischen den beiderseitigen Truppen als auch andererseits das Einreißen von Anarchie nicht zu befürchten steht. Bis zur endgültigen Uebernahme der Regierungsgewalt durch die interalliierte Kommission werden die betr. Gebiete unter militärischer Verwaltung stehen. Die gesamte für die Besetzung Oberschlesiens in Frage kommende alliierte Truppenmacht soll 18 000 Mann betragen.

Bestimmungsberechtigt sind nicht nur die in Oberschlesien ansässigen oder ansässig gewesen oder über 20 Jahre alten Personen, sondern alle in Oberschlesien Geborenen. An die Einführung der polnischen Valuta wird nicht gedacht, ebenso nicht an die Einführung von Brief- oder Pressezensur, dagegen werden auch für Oberschlesien besondere Briefmarken eingeführt. Für Ein- und Ausreise nach und von den Abflimmungsgebieten ist das Passivum der interalliierten Kommission notwendig.

In Westpreußen wurde die Räumung planmäßig fortgesetzt; Wirfah und Culm sind den Polen übergeben. Das Abtretungsgebiet um Memel wird voraussichtlich am 14. Februar geräumt werden. In Schlesien wurden die Städte Sauerbrunn und Kayserlautern geräumt. — Die bei dem Zwischenfall von Regensburg in Gefangenschaft geratenen Deutschen sind zurückgeführt und wurden zu ihrem Truppenteil nach Baden abtransportiert. Auch ein Teil des Geräts und der Pferde wurde zurückgegeben. Der Rest soll aus polnischen Beständen überwiesen werden.

Das deutsch-holländische Kredit-Abkommen.

Nach längeren Verhandlungen in Haag ist zwischen den Bevollmächtigten der niederländischen und der deutschen Regierung Uebereinstimmung erzielt worden über eine ihren Regierungen zu unterbreitende Vereinbarung, unter welchen Bedingungen Deutschland ein Kredit zu gewähren sei. Die Niederlande wollen Deutschland einen Kredit von 200 Millionen Gulden, zu sechs Prozent, ablösbar spätestens in zehn Jahren,

geben. Der größte Teil dieser Summe, nämlich 140 Millionen, soll zum Ankauf von Rohstoffen dienen. Er wird dadurch besonders für unsere Volkswirtschaft wichtig, weil er ein stets erneuerbarer Kredit ist, d. h. beim Verkauf der Fertigfabrikate fließt die Kaufsumme, welche zur Beschaffung der verwendeten Rohstoffe bezahlt wird, wieder in das Kreditguthaben in Holland zurück, so daß sich der Kredit stets von neuem wieder auffüllt und der deutschen Volkswirtschaft insoweit die Summe stets in derselben Höhe zur Verfügung steht. Auch sonst sind die Bedingungen des Kredites sehr günstige. Die deutsche Industrie kann bei ihren Ankäufen völlig frei wählen und kaufen, was und von wem sie will.

Die übrigen 60 Millionen Gulden sollen zum Ankauf von Lebensmitteln dienen, die aus den Niederlanden selbst oder aus niederländisch-Indien kommen. Sobald also das Abkommen von den Niederlanden ratifiziert ist, dürfte dadurch eine wesentliche Besserung der Ernährungslage Deutschlands eintreten. Wesentlich zum Zustandekommen dieses neuen Kreditabkommens hat wohl zweifellos für Holland die Möglichkeit beigetragen, daß es von uns mit Kohlen versehen werden kann. Es ist deswegen gleichzeitig ein Kohlenabkommen getroffen worden, nach welchem sich Deutschland verpflichtet hat, seine Kohlenlieferungen vier Jahre lang weiter fortzusetzen und

monatlich 90 000 Tonnen Kohle zum selben Preis zu liefern, der England und Amerika gezahlt wird.

Holland ist uns so weit entgegengekommen, daß das für die Kohle gezahlte Geld nicht innerhalb des Kreditabkommens verrechnet wird, sondern unabhängig davon zu bezahlen ist.

Aus der ganzen Art, mit der sich Holland zu dem Kreditabkommen entschlossen hat, geht hervor, daß es Deutschland helfen will. Voraussetzung dafür bleibt allerdings, daß Deutschland wieder arbeitet. Nur dadurch, daß unsere Bergleute wirklich die Einsicht bekommen, daß nur fleißigste Förderung und intensivste Arbeit uns noch retten kann, können wir die geschlossenen Verpflichtungen ordnungsgemäß einhalten. Darüber hinaus müssen wir natürlich auch für unser Land soviel Kohle haben, daß unsere Industrie die für das holländische Geld gekaufte Rohstoffe auch wirklich verarbeiten und so allmählich wieder am Weltmarkt teilnehmen kann. Das bloße Warten und Bitteln um Hilfe im großen und ganzen nicht hilft, sehen wir an den Bittfahrten des österreichischen Ministerpräsidenten Renner nach Paris. Die erste, auf der man ihm viel versprochen hatte, hat Österreich nicht vor dem Hunger bewahrt, und auch die zweite wird nicht viel helfen, da Österreich eben für die ihm zur Verfügung gestellten Lebensmittel nicht viel zu bieten hat. So weit könnte es schließlich auch mit Deutschland kommen, wenn die breitesten Schichten unseres Volkes nicht einsehen, daß nur Arbeit uns dazu verhelfen kann, den Staaten Gegenleistungen zu gewähren, die imstande sind, uns mit Rohstoffen und Lebensmitteln zu versorgen. Es ist eigentlich selbstverständlich, daß auch andere und noch größere Länder uns ihren Kredit zur Verfügung stellen werden, wenn sie sehen, daß wir imstande sind, das mit Holland geschlossene Abkommen einzuhalten. Darum muß vor allem in Deutschland wieder intensiv gearbeitet werden.

Wirkung des Sechsstundentages.

Monatlicher Ausfall von 1 1/2 Millionen Tonnen Kohle.

Im Ruhrgebiet macht sich im Zusammenhang mit den dort stattfindenden Tarifverhandlungen zwischen den Unternehmern und den Organisationen der Bergarbeiter eine Spannung unter der Bergarbeiterschaft bemerkbar. Die Bergarbeiter fordern nämlich die Einführung der sechsstündigen Arbeitszeit. Unter den Bergarbeitern machen sich starke Strömungen geltend, die Sechsstundenarbeitszeit, falls sie nicht von den Arbeitgebern bewilligt werden sollte, gewaltsam einzuführen, das heißt, sie wollen sie entweder durch passive Resistenz, eigenmächtiges Ausbleiben oder ähnliche Maßnahmen erreichen. Die große Masse der Bergarbeiter steht der Bewegung noch fern. Es liegt jedoch die Gefahr sehr nahe, daß sie den fortgesetzten Bergehungen gewissenloser Elemente, deren Ziel die völlige Vernichtung unseres Wirtschaftslebens ist, schließlich nachgeben und auf der Einführung der Sechsstundenschicht bestehen.

Wie gilt es, ein offenes Wort über die verhängnisvollen Wirkungen der Sechsstundenschicht zu sprechen. Die Kohlenfrage ist heute die wichtigste Frage, die das deutsche Wirtschaftsleben bewegt. Eine Katastrophe ist unausweichlich, wenn die Arbeiter angesichts der augenblicklichen Lage ihre Forderung auf Einführung der Sechsstundenschicht mit Gewalt durchsetzen wollten. Wir müssen vielmehr auf eine wesentliche Steigerung der Kohlenförderung hinarbeiten, wenn wir unser Wirtschaftsleben vor weiteren schweren Schäden bewahren wollen. Eine erschreckend große Zahl von Industriebetrieben hat infolge der geringen Kohlenbelieferung bereits stillgelegt oder doch wesentlich eingeschränkt werden müssen. Tausende von Arbeiterfamilien geraten dadurch in die größte Not, zumal eine Beschäftigung in anderen Industriezweigen ausgeschlossen ist. Die Aufrechterhaltung des ohnehin schon bedeutend eingeschränkten Verkehrswezens, der Eisenbahn, ist eine Lebensnotwendigkeit des deutschen Volkes. Weiterhin ist die Kohle zur Zeit das einzige in Frage kommende Austauschobjekt für ausländische Rohstoffe und Lebensmittel, auf deren Einfuhr wir bei der gefährdeten Ernährungslage und dem Rohstoffmangel unbedingt angewiesen sind. Eine Herabminderung der Kohlenförderung würde uns die Einhaltung des deutsch-holländischen Kreditabkommens, das uns große Mengen von Rohstoffen und Lebensmitteln gegen monatliche Lieferung von 90 000 Tonnen Kohlen sichert, geradezu unmöglich machen. Eine Verkürzung der Arbeitszeit im Bergbau ist eben gegenwärtig ein Ding der Unmöglichkeit.

Wir der Einführung der Sechsstundenschicht würden wir dem schwer darniederliegenden Wirtschaftsleben den Todesstoß versetzen. In wenigen Wochen würde die finanzielle und wirtschaftliche Katastrophe hereinbrechen, mit der die Hungerkatastrophe gleichen Schritt halten wird.

Einige wenige Zahlen werden die unheilvollen Wirkungen der Sechsstundenschicht klar vor Augen führen. Es handelt sich hier um einen Vergleich zwischen der Förderungsleistung eines Vierteljahres, nämlich der Monate September, Oktober, November 1919, in denen Streiks größeren Umfangs nicht vorlagen, und dem zweifelslos verringerten Förderungsresultat bei verkürzter Schicht. In dem erwähnten Quartal wurden gefördert im Ruhrbezirk monatlich 6 1/2 bis 7 Millionen Tonnen, in Oberschlesien etwa 2 1/2 Millionen Tonnen, in den übrigen Bezirken etwa über 1 Million Tonnen, zusammen etwa 10 1/2 Millionen Tonnen monatlich. In Oberschlesien ist jetzt achtstündige, in Westfalen siebenstündige Arbeitszeit. Es soll hier nur mit einer Verkürzung um je 1 Stunde Arbeitszeit (also nicht mit in allen Bezirken platzgreifender Sechsstundenschicht) gerechnet werden. Diese Verkürzung der Schichtzeit würde theoretisch ergeben: in Westfalen einen Ausfall von monatlich 1 000 000 Tonnen, in Oberschlesien von monatlich 312 000 Tonnen, in den übrigen Bezirken einen Ausfall von monatlich 125 000 Tonnen, zusammen

ein monatlicher Ausfall von 1 437 000 Tonnen.

Von der Förderung sind beliefert worden und müssen beliefert werden in erster Linie die staatlichen Bahnen, die Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke und Hausbrand. Der Rest der Förderung (im November etwa 3 032 000 Tonnen) wurde der gesamten Industrie einschließlich Privatbahnen zugeführt. Nach Abzug des oben erwähnten Ausfalls durch eine event. Schichtverkürzung von 1 437 000 Tonnen blieben für die Industrie und die Privatbahnen nur noch 1 595 000 Tonnen verfügbar, tatsächlich hat die gesamte Industrie einen Bedarf an Steinkohlen und Koks von 6 585 000 Tonnen. Während sie also bisher schon nicht die Hälfte ihres angemessenen Bedarfes erhielt, würde sie nun Verkürzung der Schicht

nicht ganz ein Viertel ihrer Anforderung erhalten. Eine Berechnung in anderen Industriezweigen ergibt ähnliche Resultate. So verbrauchte die Zementindustrie im Frieden monatlich 300 000 Tonnen, jetzt erhält sie 65 000 Tonnen, die Metallindustrie erfordert 250 000 und erhält 70 000 Tonnen. In Bielefeld hatten wir vor dem Kriege 18 000 in Betrieb, heute können infolge Kohlenmangels nur 1200 bis 1300 arbeiten.

Die für die landwirtschaftliche Produktion so ungenau wichtige Kunstdüngerindustrie mußte noch weiter eingeschränkt werden; die Schifffahrt, die uns doch immerhin beträchtliche Mengen von Lebensmitteln und Rohstoffen (schwedisches Erz) aus den skandinavischen Ländern heranschafft, und die Hochseefischerei müßten wahrscheinlich überhaupt eingestellt werden.

Alle diese Angaben beweisen die Unmöglichkeit der Einführung der Sechsstundenschicht; sie lassen vielmehr die Steigerung der Kohlenförderung unbedingt erforderlich erscheinen. Es lastet eine schwere Verantwortung auf den Bergleuten; von ihrem Arbeitswillen und ihrer Arbeitsfreudigkeit hängt es jetzt ab, ob wir dem Ruin oder einer Gesundung unseres Wirtschaftslebens entgegengehen sollen. Das ganze deutsche Volk, und nicht zum wenigsten die Arbeiter, werden es den Bergleuten danken, wenn sie die Förderung der Sechsstundenschicht fallen lassen und tatkräftig am Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes mitarbeiten.

F.

Der letzte Generalpardon.

Das Gesetz über die Steuernachfrist.

Bei dem gegenwärtigen Lage des deutschen Reiches ist es aus finanziellen und auch sozialen Gründen eine unbedingte Notwendigkeit, daß die dem Reich geschuldete Steuer auch tatsächlich von den Steuerpflichtigen gezahlt wird. Es ist darum selbstverständlich, daß die Steuerveranlagung so gehandhabt wird, daß der Zweck der Steuererhebung, nämlich die Aufbringung der erforderlichen Mittel, auch erreicht wird; hinsichtlich der Steuerveranlagung muß künftighin die ganze Strenge des Gesetzes obwalten. Zu diesem Zwecke sind auch die Steuerveranlagungsverfahren bei der jetzigen Steuerreform gegenüber früher sehr verbessert worden. Es sei nur an die Steuererfassung an der Quelle und den Depotzwang erinnert, weiter sind die Strafen für Steuerhinterziehung wesentlich erhöht worden.

Diese Maßnahmen hätten, obwohl über die Notwendigkeit ihrer Durchführung kaum ein Zweifel bestehen kann, gewisse Härten mit sich bringen. Es ist ein offenes Geheimnis, daß bisher weite Kreise des Volkes einer gewissen Steuerdrückbergerei huldigten. Nichts haben aber auch manche aus Nachlässigkeit und in Unkenntnis der Steuererhebung unrichtige Angaben über ihre Vermögens- und Einkommensverhältnisse gemacht. Es würde nun eine Härte bedeuten, wenn auf diese Personen nachträglich gelegentlich der Veranlagung zum Reichsnotopfer, zur Vermögenszuwachs- oder Reichseinkommensteuer die außerordentlich schweren Strafbestimmungen der neuen Steuererhebung Anwendung finden würden. Diese und ähnliche Erwägungen haben den Zentrumsabgeordneten Dr. Trimborn veranlaßt, in der Nationalversammlung einen Antrag auf Erlass eines Gesetzes über die Steuernachfrist einzubringen. Das Gesetz ist von der Nationalversammlung unlängst verabschiedet worden. Danach bleibt der Steuerpflichtige oder sein Erbe, der Vermögen oder Einkommen nicht angegeben hat, von der Strafe und von der Verpflichtung zur Nachzahlung der Abgabe für die Zeit vor dem 1. April 1915 frei, wenn er aus eigenem Antrieb sein Vermögen oder Einkommen spätestens bis zum Ablauf einer vom Reichsfinanzminister festgesetzten Frist richtig angibt. Der Staat gewährt hierdurch dem Steuerpflichtigen nicht nur Vorforgabe von alten Sünden, sondern ebnet ihm auch den Weg zu einer wahren Steuermoral. So wirkt das Gesetz gleichzeitig im hohen Maße erzieherisch auf den Steuerzahler.

Außerdem ist das Gesetz auch vom fiskalischen Standpunkt aus zu begrüßen. Es ist mit größter Wahrscheinlichkeit zu erwarten, daß die Steuernachfrist viele Steuerzahler veranlassen wird, nunmehr ihr früher hinterzogenes Einkommen oder Vermögen anzugeben. Die finanzielle Wirkung des Gesetzes dürfte somit durchaus günstig sein.

Als Ausgleich für die Maßnahmen der Steuernachfrist enthält das vorliegende Gesetz die Bestimmung, daß Vermögen, das nach Inkrafttreten der Reichsabgabegesetze bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs oder zum Reichsnotopfer vorläufig verschwiegen wird, zugunsten des Reichs aufgehoben ist. Die Androhung einer so schweren Strafe ist notwendig, wenn die günstigen Wirkungen der Steuernachfrist eintreten sollen. Es muß auch mit allem Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß diesem „Generalpardon“ kein anderer mehr folgen wird. Wer die günstige Gelegenheit nicht wahrnimmt, den trifft schließlich die ganze Strenge des Gesetzes.

Die Besoldungsreform.

Eintritt in zwölf Besoldungsgruppen.

Die neue Besoldungsreform für die Beamten im Reich und Preußen soll bekanntlich bereits am ersten April dieses Jahres in Kraft treten. Die Vorarbeiten der Gesetzgebung sind bereits abgeschlossen, doch dürfte der Entwurf, wie der preussische Finanzminister Dr. Sieden, in der preussischen Landesversammlung dieser Tage, nicht ohne noch verschiedene Änderungen erfahren. Nach den bis jetzt allerdings noch nicht bestätigten Mitteilungen einer Nachrichtenstelle sieht die Besoldungsreform 12 Besoldungsgruppen vor, die sich folgendermaßen verteilen:

1. Beamte mit einfachen Dienstverrichtungen ohne besondere Vorbildung, z. B. Bahnsteigschaffner, Wächter, Kassenbeamte.
2. Beamte mit gewisser Vorbildung oder verantwortungsvollem Dienst, z. B. Betriebsbeamte wie Schaffner, Weichensteller, Briefträger, Kassenboten.
3. Beamte mit besonderer Vorbildung, mit handwerklicher oder gleichwertiger Fachausbildung, oder in besonderer Vertrauensstellung, z. B. Drucker, Triebwerksführer, Abfertigungsbeamte für einfache Dienstverhältnisse, Küster, Aufseher, Kastellane.
4. Aufstellungsstellen für die Gruppen 1 bis 3 und Anfangsstellen für den mittleren Dienst, z. B. Telegraphisten, Wagenmeister, Lokomotiv- und Zugführer, Kanzlisten, Vollstreckungsbeamte.
5. Mittelstellen.
6. Sekreäre (hierzu gehören auch Rektoren, Elementarlehrer, Zahlmeister).
7. Obersekreäre.
8. Betriebsaufsichtsbeamte (Oberbahnhofsleiter, Betriebsingenieure, Oberzolldirektoren).
9. Aufstellungsstellen für die Gruppen 4 bis 8 und Anfangsstellen für höheren Dienst (Hauptkassenrentanten, Verkehrsinspektoren, Geheimexpedierende Sekreäre).
10. Regierungsräte (Oberlehrer, Regierungsvorsteher, Hof- und Finanzräte, Pfarrer, Studienräte, ständige Hilfsarbeiter, Postdirektoren).
11. Oberregierungsräte (Regierungsräte mit Stelzenzulagen, Oberkriegsgerichtsräte).
12. Ministerialräte (darunter Oberpostdirektoren).

Die neuen Gehaltsstufen werden ungefähr dem Gesamteinkommen der Beamten für die Zeit vom 1. Januar bis 31. März 1920 entsprechen, also Friedend- und Kriegszulagen in neuer Berechnung und Abänderungen.

Die Dreiklasseneinteilung wird wesentlich vereinfacht und enthält Landstädte, mittlere Städte in zwei Gruppen, Großstädte in zwei Gruppen. Die Städte in den Industriebezirken gehören durchweg zu den höheren Gruppen. Gleichzeitig mit der Besoldungs-

reform der festgestellten Beamten erfolgt eine Neuordnung der diätarisch beschäftigten Beamten. Die Besoldungsreformvorlagen sollen voraussichtlich im Laufe des Monats Februar bekanntgegeben werden und alsdann dem Parlament vorgelegt werden. Sie treten am 1. April in Kraft, auch wenn die Beratungen in den Parlamenten eine Verzögerung erleiden sollten.

Gefangenen-Heimkehr.

Kriegsgefangenentransporte über die Schweiz.

Wie der „Berliner Bund“ meldet, werden in den nächsten Tagen die Transporte deutscher Kriegsgefangener aus Frankreich durch die Schweiz beginnen. Es wird sich um folgende Transporte handeln: Auf der Strecke Genf-Konstanz verkehren ungefähr zehn Offizierszüge, auf der Strecke Bielefeld 12 Mannschiffszüge. Die Transporte befördern im ganzen etwa 60 000 Mann. Je nach den Verhältnissen wird die Zahl erhöht werden. Ferner kommen zum Durchtransport etwa 1.000 Schwerverwundete und Kranke auf der Strecke Genf-Konstanz.

Beginn der Gefangenentransporte auf den südlichen Linien.

Wie die Reichsstaatsbahn meldet, trafen bis zum Freitagabend täglich drei Züge mit Kriegsgefangenen planmäßig in den Durchgangslagern von Jülich, Düren und Eschweiler ein. Die Züge kamen aus Lille, Roubaix, Cambrai, St. Quentin, Chantelles, Raon und Nancy. Außer den drei Zügen, die auch weiterhin in den drei vorgenannten Durchgangslagern eintreffen, begann der Abtransport auf den südlichen Linien mit täglich einem Zug nach den Durchgangslagern von Worms und Griesheim.

Die neuen Seifenpreise.

Die Seifen-Herstellung- und Vertriebs-Gesellschaft gibt bekannt: „Im neuen Jahre wird leider eine erhebliche Erhöhung der Inlandsseifenpreise eintreten müssen. Hauptgrund dafür ist der Sturz unserer Saluta während der letzten Monate, wodurch die für die Herstellung der Seife unentbehrlichen ausländischen Öle und Fette gegenwärtig etwa dreimal so teuer sind als im Sommer 1919. Ein weiterer Grund liegt in der herrschenden Kohlennot, die die Fabriken zur Verwendung kostspieliger Ersatzbrennstoffe, insbesondere Holz, zwingt und außerdem häufig Betriebsstillstände verursacht. Dazu kommt Steigerung der Preise sowie Verteuerung aller Hilfsstoffe, wie Chemikalien, Kisten und Packmaterial, und schließlich mußte auch dem Zwischenhandel von der Regierung ein höherer Bruttozuschlag ausgedrückt werden. In Zukunft kostet das:

300-Gramm-Stück Kernseife 7 Mark, das 100-Gramm-Stück Feinseife 3,75 Mark, Seifenpulver 1,50 Mark das Halbpfandpaket. Es läßt sich leider heute noch nicht absehen, ob damit die Preisbewegung nach oben ihr Ende erreicht hat. Es wird dies ganz davon abhängen, wie sich die allgemeine wirtschaftliche und politische Lage und im Zusammenhang damit der Stand der deutschen Saluta im Ausland gestalten wird.“

Die neuen Wahlgesetze.

Drei Vorentwürfe über die Wahlen zum Reichstage.

Die Regierung legt die Vorentwürfe zweier neuer Wahlgesetze für das deutsche Reich vor und zwar einen Vorentwurf für ein Gesetz über die Wahl des Reichspräsidenten und einen Vorentwurf über die Wahlen zum Reichstag, diesen in drei verschiedenen Abarten.

Das Wahlgesetz zur Verfassunggebenden Deutschen Nationalversammlung ist nicht durchgehend gebilligt worden. Man hat daraufhin Vorschläge gemacht, die nicht volle Ausnutzung der in den einzelnen Wahlkreisen, namentlich für die kleineren Parteien, sich ergebenden Reststimmen und auch die Einteilung der Wahlkreise und ihre Verteilung auf das Reichsgebiet benützt. Es werden eine Reihe von Abänderungsvorschlägen vorgelegt, deren hauptsächlichster im Vorentwurf A

folgender ist: Neben den für die einzelnen Wahlkreise bestimmten Wahlvorschlägen können die Parteien einen Reichswahlvorschlag einreichen. Jeder Wahlvorschlag erhält soviel Abgeordnetenstimmen, als die Zahl der für ihn ergebenden Stimmen sich durch 60 000 teilen läßt. Die im Wahlkreis nicht verbrauchten Stimmen und die Stimmen eines Wahlvorschlags, der weniger als 60 000 Stimmen erhalten hat, werden für das ganze Reichsgebiet zusammengezählt und auf den von der Hauptleitung der Partei einzureichenden Reichswahlvorschlag verrechnet. Jeder Reichswahlvorschlag erhält soviel Abgeordnetenstimmen, als die Summe der Reststimmen durch 60 000 teilbar ist. Im allgemeinen sollen auf jeden Wahlkreis sechs Abgeordnete kommen. Die Zahl der Abgeordneten soll unter 400 nicht heruntergehen, so daß die Möglichkeit offen gelassen ist, die Verteilungszahl 60 000 dementsprechend herabzusetzen.

Durch die Zusammenzählung der Reststimmen wird die Listenverbindung entbehrlich, da auch kleine Wählergruppen ihrer Stimmengabe entsprechend nun Berücksichtigung finden.

Die Vorentwürfe B und C

zu dem Reichswahlgesetz sehen kleinere Wahlkreise mit vier Abgeordneten vor. Vorschlag B sieht mehrere stich zusammenhängende Wahlkreise zu einem Wahlverbande zusammen und verstärkt dadurch den Zusammenhang zwischen Wählern und Abgeordneten. Vermindert die Zahl der Abgeordneten, die aus dem Reichswahlvorschlag hervorgehen, weil er auch Verbandswahlvorschläge vorstellt, und verringert so den Einfluss der Hauptleitungen der Parteien auf den Auswahl der Bewerber.

Vorentwurf C überläßt es den Parteien, entweder Wahlkreis- oder Verbandswahlvorschläge einzureichen, womit erreicht werden soll, daß Wählergruppen unter 60 000 Stimmen sich mit solchen eines benachbarten Wahlkreises verbinden und gemeinschaftliche Wahlvorschläge einreichen können.

Von sonstigen Neuerungen sei nur noch erwähnt, daß auch den Auslandsdeutschen das Recht zur Teilnahme an den Reichswahlen gewährt ist.

Das Reichsgesetz über die Wahl des Reichspräsidenten.

soll gemäß des Artikels 41 Absatz 3 der Reichsverfassung erlassen werden, und hat insbesondere die Art der Wahl zu regeln.

Der vorliegende Vorentwurf will zunächst die absolute Mehrheit entscheiden lassen. Ergibt sich eine solche nicht, so entscheidet ein weiterer Wahlgang, bei dem dann die relative Mehrheit oder bei Stimmengleichheit das Los den Ausschlag gibt. Durch diese Art der Wahl, die eine sogenannte Stichwahl ausschaltet, ist eine größere Möglichkeit gegeben, daß aus dem zweiten Wahlgang, nachdem sich die Wählergruppen verständigt haben, ein Mann hervorgeht, der vom Vertrauen der großen Mehrheit des Volkes getragen ist. Es können auch im zweiten Wahlgang solche Personen gewählt werden, die im ersten Wahlgang nicht zur Wahl standen.

Es ist in der Presse wiederholt der Vorschlag aufgetaucht, den Reichspräsidenten nicht durch das gesamte Volk, sondern durch die Nationalversammlung als der Vertretung des Volkes wählen zu lassen. Dieser Vorschlag ist nicht von der Hand zu weisen, da bei der Wahl des Reichspräsidenten durch das gesamte Volk die Wahlagitatorien naturgemäß eine außerordentlich Unruhe bringen würde, die bei den ohnehin unruhigen Zuständen Deutschlands besser zu vermeiden wäre. Keine Republik der Welt mit Ausnahme Amerikas wählt ihren Präsidenten durch das Volk und in Amerika, das nie etwas anderes war als eine Republik, liegen schon in der Nachstellung des Präsidenten und auch sonst doch ganz andere Verhältnisse vor, die man mit denen in Deutschland nicht vergleichen kann.

Politische Rundschau.

— Berlin, 24. Januar 1920.

— Graudenz ist am 23. Januar mittags ohne Zwischenfall geräumt worden. Die Polen rücken unmittelbar nach der Räumung ein.

— Die formelle Eigentumsübertragung der in französischem Besitz übergebenen Saargruben fand am 17. d. M. statt und vom 18. Januar, 6 Uhr, an übernahm die französische Verwaltung die Leitung des Betriebes.

— In dem Kaiserfilm „Prozeß“ hat die Spandau-Werkstatt beim Landgericht 1 in Berlin nunmehr den Antrag auf Einziehung und Vernichtung des Bonnschen Films „Kaiser Wilhelm's Glück und Ende“ gestellt.

— In Frankfurt a. M. ist der Herausgeber der kommunistischen „Roten Fahne“, Sauer, verhaftet worden. Er hat noch eine Gefängnisstrafe von zwei Monaten wegen Beleidigung der hessischen Besatzungstruppen zu verbüßen.

— In Sachen der Klage des Herzogs von Koburg-Gotha gegen den Freistaat Gotha wegen unrechtmäßiger Enteignung seines Eigentums entschied die Kommission zur Entscheidung der Kompetenzkonflikte, der Rechtsweg sei zulässig. Die ordentlichen Gerichte werden nunmehr über die Klage des Herzogs entscheiden.

— **Verhängung des Ausnahmezustandes in Halle.** Der Militärbesatzungs-Generalmajor Maerder für den Stadtkreis Halle und den Saalekreis hat eine Verhängung des Ausnahmezustandes angeordnet. Versammlungen und Auszüge unter freiem Himmel sind verboten, ebenso Versammlungen von mehr als 20 Personen auf den Straßen und Plätzen. Der Druck und Vertrieb von kommunistischen Zeitungen und Flugblättern ist verboten, ebenso ist es verboten, Arbeitswillige in ihrem Recht auf Arbeit zu bedrohen.

— **Kaiserprozeß auch ohne Auslieferung.** Wie der „Temps“ aus London hört, wird der Prozeß gegen den deutschen Kaiser, auch wenn Holland nicht geneigt sein sollte, ihn auszuliefern, in der letzten Februarwoche in London beginnen. Der Staatsanwalt des höchsten Gerichtshofes ist durch die Entente mit der Aufstellung der Anklage und der Durchführung der Verfolgung des Kaisers beauftragt.

— **Der Reichsparteitag des Zentrums** ist nach vier-tägigen Verhandlungen geschlossen worden. Fast sämtliche dem Parteitag unterbreiteten Anträge wurden angenommen. In der einstimmig genehmigten Entschließung zur allgemeinen Politik heißt es: „Der Parteitag erklärt ausdrücklich sein Einverständnis mit der Beteiligung des Zentrums an der Koalitionsregierung und spricht der Zentrumsfraktion der Nationalversammlung sein vollstes Vertrauen aus.“ — In einem zweiten Beschlusse wird erklärt, der Parteitag sei mit dem Bauernstande der Auffassung, daß eine baldige Aufhebung der Zwangswirtschaft erforderlich ist. — Ein anderer Beschluß betont die Anstrengung einer verstärkten Anwendung des föderalistischen Systems im einseitigen Leben des deutschen Reiches. Ein weiterer Beschluß erstreckt sich auf die Bildung eines Ausschusses von Vertretern der Landwirtschaft, des Handels, der Industrie und des Handwerks, der Arbeiter- und Bauernschaft, der dem Parteivorstand beratend zur Seite stehen soll. Des weiteren wurde beschlossen, ein Reichsgeneralsekretariat der Partei zu bilden. Der Reichsparteivorstand der deutschen Zentrums-partei wurde nach den Vorschlägen der vorbereitenden Kommission durch Zuzug gewählt. Parteivorsitzender wurde Staatssekretär a. D. Trimborn, Ehrenvorsitzende wurden Präsident Behrenbach, die Abgeordneten Herold und Dr. Hise sowie Erzellenz Spahn. Zu stellvertretenden Vorsitzenden wurden die Abgeordneten Burlage, Frau Dransfeld, Dr. Porch und Minister Egerwald gewählt. Des weiteren wurde ein stellvertretender Parteivorsitzender gewählt.

— **Verhängung der Brotration in Elst.** Aus Karlsruhe wird gemeldet: Im badischen Landtage teilte ein Regierungsvertreter mit, daß die Brotversorgung in ein kritisches Stadium getreten sei. Die tägliche Kopfmenge muß von 260 auf 200 Gramm herabgesetzt werden, die Ausmahlung auf 90 Prozent erhöht werden.

Rundschau im Auslande.

— In der nächsten Zeit werden in Oesterreich auch die 1- und 2-Kronennoten abgestempelt.

— Alle tschechischen Meldungen, welche von einer Pest in Schölen, insbesondere im Teschener Gebiet, sprechen, sind nichts anderes, als ein Mandel, welches anlässlich der Volksabstimmung im Teschener Gebiet in Umlauf gesetzt wird.

— Das neue tschechische Wehrgesetz sieht einen Friedensstand der tschecho-slowakischen Armee von 150 000 Mann vor.

Der bulgarische Ministerpräsident Stamboulski hat die Verhaftung aller bolschewistischen Führer angeordnet. Bis jetzt wurden 55 Personen eingezogen.

Auf der Pariser Vortragskonferenz, die am Montag erstmalig zusammengetreten wird, werden sich die Mächte wahrscheinlich durch ihre Pariser Vorkonferenzen vertreten lassen. Frankreich wird durch den früheren Vorkonferenzpräsidenten in Petersburg, Paleologue, vertreten sein.

Den deutschen Seelen ist es aus Grund des englischen Fremdenengesetzes verboten, in den englischen Häfen die Schiffe zu verlassen und an Land zu gehen.

Ungarn: Wahlen zur Nationalversammlung.

Die Wahlen zur ungarischen Nationalversammlung sind in Ruhe verlaufen. Unter den gewählten Abgeordneten befinden sich Ministerpräsident Huszar, Graf Paul Teleki und der Führer der ungarischen Friedensdelegation Graf Albert Apponyi.

Tschekoslowakei: Die Pest im Tschechen Gebiet.

Die Prager Blätter berichten, daß in Ostschlesien die Pest ausgedrungen ist. Allem Anschein nach wurde diese Seuche aus Ostgalizien eingeschleppt. Das Präsidium des polnischen Nationalrats in Lemberg ist durch Extranurien begünstigt. Die Wahlen wurden geschloffen werden. Die Leute brechen auf der Straße zusammen, die Sterblichkeit steigt. Das „Prager Tagblatt“ meldet aus Mährisch-Straß, daß der eigentliche Grund der Personenverkehrshemmnisse auf der Kaschau-Oderberger Bahn nicht im Kohlenmangel, sondern in der Pestgefahr liege. Die Reise sei nur in dringenden Fällen und nach ärztlicher Untersuchung gestattet. In diesen Gebieten sollen nach dem Friedensvertrag jetzt Bestimmungen vorgenommen werden, und in der nächsten Woche sollte es zur Abstimmung durch französische Truppen besetzt werden. Durch die Pestepidemie dürfte die Besetzung wahrscheinlich unterbleiben.

Italien: Ausnahmezustand in Italien.

Der Generalstreik der Eisenbahner hat die Gefahr einer Revolutionsbewegung in Italien nahegerückt. Die Regierung hat über das gesamte Gebiet des Königreichs den Ausnahmezustand verhängt. In Rom, Mailand und Neapel sind die Regierungsgebäude, die Bahnhöfe und die Postanstalten unter militärische Bewachung gestellt worden. Eine Massenversammlung der streikenden Arbeiter in Mailand erregte Einspruch gegen die Militarisierung der Eisenbahnen und gegen den Ausnahmezustand. Flugblätter fordern alle Arbeitergruppen und die Angestellten zum Streik auf. In diesen Fällen hatten die Streiks starken politischen Einschlag. Kommunistische Kreise sind fieberhaft tätig, um den lange geplanten Umsturz zu verwirklichen.

Rußland: Eine neue Krenski-Armee.

In Warschau befinden sich die Repräsentanten der antirevolutionären russischen bürgerlichen Parteien, darunter Krenski, Gwinom und Gachowitsch. Diese beschließen, aus den in Polen lebenden Russen eine neue Armee zum Kampfe gegen die Bolschewisten zu organisieren.

Lokales und Provinzielles.

Geisenheim, 27. Jan. Am Freitag, den 30. Januar 1920, nachmittags 5 Uhr findet auf dem hiesigen Rathaus eine Stadtverordneten-Versammlung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Wahl eines Sonderausschusses zur Bearbeitung des Entwurfs einer Geschäftsordnung für die Stadtverordneten-Versammlung.
2. Beschluß des Magistrats wegen Begründung einer gemischten Wohlfahrtskommission und einer gemischten Kommission für Land- und Forstwirtschaft.
3. Erhöhung des laufenden Kredits bei verschiedenen Banken.
4. Tarifverhandlungen mit dem Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergarbeiter Deutschlands betr. Löhne der Holzhauer.
5. Beschlußfassung betr. Maßnahmen gegen die Inhaber der Haide- und Hainchenstücke, die trotz wiederholter Aufforderung die Baumscheiben nicht hergestellt haben.
6. Erhöhung der Ortszulagen der Volksschullehrpersonen.

Geisenheim, 27. Jan. Seitens des Reichskommissars für die besetzten Gebiete von Stettin ist an den Regierungspräsidenten in Wiesbaden folgendes Telegramm eingegangen: Von dem mir durch die Reichsregierung zur Verfügung gestellten Betrag zur Unterstützung der durch das Hochwasser geschädigten Bevölkerung überweise ich Ihnen einstweilen den Betrag von einer halben Million Mark zur Verteilung nach Ihrem Ermessen. Ich ersuche, dieses sofort zu veröffentlichen und mir über die Verwendung demnächst zu berichten. Reichskommissar von Stettin.

Geisenheim, 27. Jan. Das am Samstag stattgefundene Wohltätigkeits-Konzert der Ortsgruppe Geisenheim-Johannisberg des Reichsbundes der Kriegesgeschädigten, Kriegshinterbliebenen und ehemaligen Kriegsteilnehmer gestaltete sich zu einem Volksabend im wahren Sinne des Wortes. Der rege Kartenvorverkauf und die gesammelten Beiträge hatten den Erfolg schon garantiert und der über alles Erwarten gute Besuch das edle Werk wirklicher Nächstenliebe vollauf gesichert. Allen Besuchern und Sponsoren von Geisenheim sowohl als auch von Johannisberg sei an dieser Stelle nochmals herzlich gedankt. Der innigste Dank gebührt dem Philharmonischen Verein Rheingau, den Gesangsvereinen „Cäcilia“ und „Viedertanz“ sowie der Turnerschaft Geisenheim, die in selbstloser und uneigennütziger Weise den Abend verherrlichten; kurzum, sie gaben alles her zum guten Gelingen und der nicht endenwollende Applaus nach jeder Programmnummer war der schönste Dank des Publikums. Bei dieser Gelegenheit sei dem Geisenheimer Fußballverein 1908 nochmals gedankt, der seine ansehnliche Einnahme vom letzten Wettspiel der Ortsgruppe zur Verfügung stellte, die dem gleichen Zweck dient. Mit Stolz kann die Ortsgruppe auf ihre erste Veranstaltung zurückblicken, in dem Bewußtsein, einen schönen Vergnügungsabend geboten, aber auch einer edlen Sache den Weg gebahnt zu haben. An alle Heimkehrer aus großer Leidenszeit ergeht der Ruf, schließt Euch der Ortsgruppe an, die Eure Interessen wahrnimmt und in Not Euch hilfreich zur Seite steht.

Geisenheim, 27. Jan. Dieser Tage fanden vor dem Schlichtungsausschuß in Wiesbaden Verhandlungen zwecks Beendigung des am 5. Januar begonnenen Waldarbeiterstreiks der Presberger und Stephanshäuser Holzhauer statt, die mit einem Schiedsspruch endigten. Folgender Schiedsspruch wurde gefällt: Die Akkordsätze werden den-

jenigen angepaßt, welche am 20. Januar der Preussischen Oberförsterei in Rüdesheim seitens der Regierung mitgeteilt wurden, nämlich: 7.50 Mk. für Scheitholz, Knüppel, Aufholz und Stammholz 4.50 Mk. für Reisig, Knüppel bei Altholz 5.50 Mk. bei Durchforstung. Für Stangen: 1. Klasse 1 Mk., 2. Klasse 80 Pfg., 3. Klasse 70 Pfg., 4. Klasse 40 Pfg., 5. Klasse 30 Pfg., 6. Klasse 15 Pfg., Partholzwellen pro hundert 28 Mk. Von den Holzhauern werden diese Löhne als nicht ausreichend bezeichnet. Doch erkennen sie den Schiedsspruch vorerst an. Bei Fällung des Schiedsspruches wurde von der Voraussetzung ausgegangen, daß leicht pro Tag und Arbeiter 3 Rmtr. gefällt werden könnten, während die Arbeiter den Standpunkt vertraten, daß bei dem mittelmäßigen Holzbestand und den schwierigen Verhältnissen nur 2 bis 2 1/2 Rmtr. pro Tag und Holzhauer gerechnet werden könnten.

Geisenheim, 27. Jan. Wir berichteten vor einiger Zeit, daß die Eisenbahndirektion Mainz zum 1. Februar d. J. einen neuen Fahrplan entwerfe. Nach einer telegraphischen Anweisung des deutschen Delegierten bei der internationalen Eisenbahnkommission der Rheinlande kann jedoch der neue Fahrplan ab 1. Februar nicht zur Durchführung kommen, da seitens der französischen Behörde noch keine Entscheidung über die Einführung der mitteleuropäischen Zeit sowohl in Frankreich selbst als auch im besetzten Gebiet getroffen worden ist. Ob und wann also der neue Fahrplan in Kraft treten kann, hängt vorläufig noch davon ab, ob die aus verschiedenen Gründen bereits vorbereitete Verkehrsperre eingelegt wird, sowie der Termin zur Einführung der mitteleuropäischen Zeit in Frankreich. Eine einseitige Einführung der mitteleuropäischen Zeit im besetzten Gebiet erscheint unzumutbar, da hierdurch ein neuer Zeitbrechpunkt an der französischen Grenze geschaffen würde, der für die Bearbeitung der Fahrpläne, die doch nach wie vor den französischen Bedürfnissen angepaßt sein müssen, erschwerend wirken würde. Trotzdem die neuen Fahrpläne des Genehmigungsvorwurfs nicht mehr bedürfen, bleiben die für die Kontrollaufenthalte vorgesehenen 10 Minuten auch künftighin bestehen, um den französischen Behörden die Vornahme der Gepäckrevision zu ermöglichen.

Was soll der Junge werden? Was wird aus dem Mädchen? Die jungen Leute, die jetzt vor der Wahl ihres Lebensberufes stehen, sind in der harten Kriegszeit herangewachsen und deren Eindrücke haften in ihrem Denken. Auch das letzte Jahr bot noch viel Absonderliches, das sich von der Friedenszeit gewaltig unterschied. Nun muß in einen festen Lebensweg eingelenkt werden. Und da gilt für Eltern wie für Kinder: das Geld fällt nicht wie der Schnee vom Himmel in einen ausgestreckten Hut. Für jeden kommenden Jahre, in welchen er auf sich selbst angewiesen ist. Darum tüchtig lernen und sich keiner Arbeit scheuen. Das gilt für Jungen und Mädchen.

Der Winter ist noch lang, darum mit dem Heizmaterial sparsam umgehen. Die Lieferungen sind noch nicht überall sicher. Die Tage saigen jetzt an, merkbar länger zu werden, dann pflegt das Thermometer am tiefsten zu sinken. Auf heile Schuhe und Stiefel ist deshalb ebenfalls zu achten.

Zur Abstimmung in Nordhildesheim, 1. Zone. Die Abstimmung in der 1. Zone findet am Dienstag, den 10. Februar 1920, statt. Auf Grund des Wahlscheins, den jeder Abstimmungsberechtigte gegen Aufgabe des ihm von Hildesheim zugehenden Guthabens am Fahrkartenschalter erhält, kann der Nordmärker die fahrplanmäßigen Züge innerhalb dieser Zeit benutzen. Außer diesen fahren 23 Sonderzüge und zwar 17 ab Hamburg und fünf ab Kiel (Edernförde, Hildesheim). Ueber die Fahrzeiten der Sonderzüge und der fahrplanmäßigen sowie der Anschlusszüge gibt ein Fahrheft Aufschluß, das jedem Abstimmungsberechtigten Anfang Februar zugesandt wird. Sonntag, den 8. Februar, ist außerdem in ganz Schleswig-Holstein nicht der Sonntagsfahrplan gültig, sondern die Züge fahren in demselben Umfang wie an Werktagen. Nach der Abstimmung fahren von Mittwoch, den 11. Februar, bis Freitag, den 13. Februar, insgesamt 23 Sonderzüge nach Hamburg und Kiel (Lübeck). Von hier gehen am gleichen Tage Abend- und Nacht-Sonderzüge nach Köln, Frankfurt a. M., Leipzig, Berlin und Neubrandenburg weiter. Die Sonderzüge sind geheizt. Bei der Hin- und Rückfahrt ist je eine dreimalige Fahrtunterbrechung gestattet. Ein kurzer Aufenthalt zur Verpflegung gilt nicht als Fahrtunterbrechung.

Rüdesheim, 24. Jan. Der Minister des Innern hat Herrn Amtsrichter Dr. Mühlens (früher Elville) zum kommissarischen Landrat ernannt.

Elville, 26. Jan. Gestern Nachmittag verstarb hier Herr Buchdruckereibesitzer Alwin Voege, der Herausgeber des Rheingauer Beobachters im Alter von 52 Jahren.

Aus dem Rheingau, 24. Jan. Der Gastwirtverein für den oberen Rheingau gibt bekannt: Es kosten von heute an 1/20 Bier 60 Pfg., 1/20 Bier 50 Pfg. Ausschankwein per Glas 5 Mark (einschließlich Steuer).

Aus dem Rheingau, 21. Jan. Die Preise für die 1919er Weine sind weiter gestiegen. Im Weingeschäft herrscht zur Zeit Ruhe, doch ist die Nachfrage nach neuen Weinen ziemlich lebhaft. Ein größerer Posten 1919er wechselte in Johannisberg seinen Besitzer zu 28 500 Mk. das Stück.

Schierheim, 24. Jan. Bei der gestrigen Bürgermeistereiwahl erhielt der bisherige Bürgermeister Schmidt 9 Stimmen und der Kreisassistent Kessels 9 Stimmen. Das gezogene Los entschied zugunsten Kessels.

Wiesbaden, 23. Jan. Der Vitriol-Attentäter, der auf den Straßen zahlreichen Personen Haare und Kleider durch Beschütten mit Vitriol verbrachte, wurde in der Person des 60jährigen Arbeiters Johann Gruber aus Viebrich verhaftet.

Wiesbaden, 24. Jan. Auf der Tagesordnung der nächsten Stadtverordnetenversammlung steht als erster Punkt eine Vorlage des Magistrats, die internationalisierte Rheinlandkommission um Wiedereinsetzung des Oberbürgermeisters Gläffing in sein Amt zu ersuchen.

Frankfurt, 25. Jan. Die Eisenbahndirektion Frankfurt a. M. teilt mit: Die Eisenbahnhauptwerkstätte in Frankfurt a. M. wird von Montag den 26. Januar ab geschlossen. Arbeiter, die unter neuen Bedingungen sich um Wiederaufnahme bewerben, müssen dies in der Zeit vom

Mittwoch den 28. bis Samstag den 31. d. Mts. tun. Die Regierung sah sich weiterhin gezwungen, im vollen Bewußtsein ihrer Verantwortung vor dem Volke die besonders unwirtschaftlich arbeitenden Werkstätten Berlin 1 und 2, Breslau 2 und 4, Stargard, Sebaldsbrück (Bezirk Hannover), Darmstadt 1 und 2, Salzte (Bez. Magdeburg), Jena, Gotha und Königsberg i. Pr. vom 26. Januar ab zu schließen und sämtlichen Arbeitern unter gleichzeitigem Verzicht auf weitere Dienste zu kündigen. Die Werkstätten werden demnächst unter neuen Bedingungen wieder eröffnet, die Wirtschaftlichkeit und erhöhte Arbeitsergebnisse ermöglichen. Die Wiederaufnahme sämtlicher bisher beschäftigten Arbeiter ist unmöglich. Aufgenommen werden nur diejenigen Arbeiter, die sich schriftlich zu einer verständigen Akkordarbeit auf Grund der neuereinstellten Tariflohnätze und zu der täglichen Arbeitszeit von vollen 8 Stunden verpflichten.

Wegen der Weinversteigerungen. In der preuß. Landesversammlung ist ein dringender Antrag Dr. Kalle der D. Bp. dahin gestellt worden, die Staatsregierung zu ersuchen: 1. Sobald wie möglich anzuordnen, daß die preußische Domänenverwaltung von der Abhaltung von Weinversteigerungen bis auf weiteres abstieht, 2. bei der Reichsregierung dahin zu wirken, daß die Abhaltung von Weinversteigerungen im Reich für die nächste Zeit, zum mindesten für 1 Jahr, verboten werde.

Rheinlandreise des preussischen Kabinetts. Das preussische Kabinett, vertreten durch den Ministerpräsidenten Hirsch, den Minister des Innern Fricke, den Finanzminister Südekum, den Handelsminister Fischer und den Wohlfahrtsminister Stegerwald, wird Anfang Februar eine Reise durch das Rheinland antreten, um sich über die augenblicklichen Verhältnisse in dem besetzten Gebiet zu unterrichten und eine möglichst enge Fühlung mit der Bevölkerung und den Behörden zu erlangen.

Das Vaterland über die Parteien
Hilf deutsches Land erhalten!
Als Deine
Grenz-Spende
für die Volksabstimmungen
auf Postcheckkonto Berlin 73774
oder auf Deine Bank!
Deutscher Schulbund, Berlin NW 34

Aus Stadt und Land.

Die Erhöhung der Universitätskollegengelder. Wie der preussische Kultusminister jetzt den preussischen Universitätsbehörden mitteilt, kann er sich den von zahlreichen Seiten an ihn gelangten Wünschen auf eine der allgemeinen Preissteigerung entsprechende Erhöhung der Kollegengelder trotz verschiedener sehr ernster Bedenken angeichts der trostlosen finanziellen Gesamtlage nicht entziehen. Um gleichzeitig die bisher als störend empfundenen Ungleichheiten aufzuheben und die Entlohnung neuer zu verhindern, sind von diesem Semester an und für Universitäten ohne Zwischensemester vom Sommersemester an grundsätzlich überall statt bisher 5 Mark nur 8 Mark für die Wochenstunden zu erheben. Die für Kurse, Praktiken usw. erhobenen Beiträge sind entsprechend zu erhöhen.

Auf der Heimfahrt aus Japan. Der japanische Dampfer „Himalaya Maru“ hat am 5. Januar Japan verlassen. In Bord befinden sich 22 Offiziere, 26 Portepeunteroffiziere und 908 Unteroffiziere und Mannschaften. Die Gefangenen bilden den Rest des Lagers Nagoya und den größten Teil des Lagers Kurume. Der Dampfer geht über Shanghai, Singapur, Schang und Port Said.

Umfangreiche Metallschmelzungen. Die Preussische Ermittlungsstelle des Reichsjustizministeriums ist umfangreichen Schmelzungen mit Patronenhülseisenmetall, das aus dem Artillerielebendort Reife stammte, auf die Spur gekommen, und es ist zur Verhaftung von sieben Personen geschritten worden. Der Wert des Gutes, das auf diese Weise geerntet wurde, belief sich auf über 200 000 Mark. Weitere Schmelzungen mit Heeresgut im Werte von 400 000 Mark konnten im letzten Augenblick verhindert werden.

Ein Tarif für ausländischen Nebenverdienst. Vom Studienausgang der Universität Würzburg aufgestellt worden. Dies teils, um zu geringer Einschätzung geistiger Tätigkeit vorzubeugen, teils um übermäßigen Preissteigerungen zu steuern. Sie stellen sich folgendermaßen: Nachhilfe für Schüler bis Sekunda-Stunde 4 Mark, bis Prima-Stunde 5 Mk., mechanische Schreibarbeit Seite 50 Pfg., solche mit geistiger Tätigkeit (Inventarisierung) Std. 4 Mark.

Streik in der Stickstoffindustrie. Auf den Vennwerken der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik traten sämtliche Arbeiter der dort tätigen Baufirmen wegen Lohnforderungen und aus Sympathie der Zinnernute der Vennwerke selbst, insgesamt 6000 Mann, in den Ausstand. Der Streik droht auf die gesamte Vennwirtschaft der Werke überzugreifen, wodurch die Stickstoffversorgung schwer gefährdet würde.

Raub von Geldscheinen. Ein Automobil der Geiergesellschaft Konstantin in Bochum, in dem Beamte vom Hauptbureau Vohlgelder nach Schacht 6 bringen sollten, wurde von drei Straßenräubern überfallen. Die bewaffneten Burken raubten die Vohlgelder in Höhe von 337 000 Mark, mit denen sie in der Dunkelheit entliefen.

Vor der Heimkehr verunglückt. Bei der Sprengung von Granaten in der Gegend von Arras fand eine Explosion statt; sieben Personen wurden getötet, viele verletzt. Die meisten Verunglückten sind französische Soldaten, einige sind deutsche Kriegsgefangene.

Schweres Eisenbahnunglück in Oberschlesien. Ein schweres Eisenbahnunglück hat sich bei Beuthen ereignet. Dort fuhr ein von Königsbrunn kommender Personenzug in einen anderen Triebwagen. Der Vorderrumpf des Triebwagens wurde zertrümmert, die Lokomotive und mehrere Wagen des Personenzuges stark beschädigt. Mehrere Personen wurden getötet und schwer verletzt.

Tänische Kaufleute in deutschen Nordseebädern. Auf der Insel Amrum, die zur zweiten Abstimmung

grenze gehört werden die diesjährigen Sommergäste fast ausnahmslos dänisches Quartier nehmen müssen, denn die Hotels in Wittenburg sind jetzt bis auf das Hotel Bellevue in dänischen Besitz übergegangen. In der letzten Woche sind auch die bekannten Hotels Hohenzollern und Luedens Hotel an dänische Wirte zu hohen Preisen verkauft worden. Auch in manchen Pensionshäusern und Privatquartieren werden die Badegäste bei dänischen Wirten wohnen. Schließlich ist auch die Inselbahn und das Elektrizitätswerk in anderen Besitz übergegangen. Auf den Inseln Sylt und Föhr werden die Badegäste dem „Berliner Tageblatt“ zufolge ähnliche Verhältnisse vorfinden.

Ausweisung russischer Bolschewiken aus Amerika.
Stockholms Dagbladet wird aus Helsingfors telegraphiert: Das Anarchisten-Schiff Buford ist in Helsingfors angelangt. Die Passagiere wurden in verschiedenen Wagen durch Finnland bis an die Grenze von Schweden transportiert, wo sie mit Müssen und Booten empfangen wurden. Man erwartet die Ankunft von 60 000 aus Amerika ausgewiesenen Bolschewiken.

Meine Nachrichten.

* Im Norden Berlins wurde der 54 Jahre alte Schnebmermeister und Althändler Reinhold Koch in seiner Wohnung ermordet und beraubt aufgefunden. Die Mörder erbeuteten ungefähr 16 000 Mark in Bargeld.
* Die Bürgermeisterei in Mainz verbot im Hinblick auf den Ernst der Zeit in diesem Jahre den Karneval.
* In einem Zug auf dem Hauptbahnhof Frankfurt a. M. wurde eine Frau festgenommen, die 400 000 Mark Gold ins Ausland bringen wollte. Das Gold wurde beschlagnahmt.
* Der Verlag von Reclam teilt mit, daß der Preis jeder einzelnen Nummer von Reclams Universalbibliothek auf eine Mark erhöht werden mußte.
* In Chicago ereigneten sich an einem Tage 2514 neue Fälle von Influenza, von denen 26 tödlich verliefen. Sämtliche Spitäler sind mit Influenzkranken überfüllt.

Gerichtssaal.

* **Verurteilte Patronille der Spartakuskontrolle.**
Das Schwurgericht in Frankfurt a. M. verurteilte zwei junge Leute, die am 31. März als „Patronille

der Spartakuskontrolle“ in einer Villa Mäubereien verübten, zu 3 Jahren 8 Monaten und 2 1/2 Jahren Gefängnis.

* **Die Aachener Köpenickade.** Vor dem Aachener französischen Kriegsgericht hatte sich der Bankräuber Francois Etienne zu verantworten, der am 5. Dezember das Aachener Bankhaus Probst u. Co. um etwa 800 000 Mark an deutschen und ausländischen Zahlungsmitteln zu betrügen versuchte. Etienne, ein Deutschfranzose, ist 23 Jahre alt und von Beruf Kassenhelfer. Er erschien in belgischer Offiziersuniform mit gefälschten Papieren, sechs bewaffneten belgischen Soldaten und fünf deutschen Schulzeuten, angeblich im Auftrage des belgischen Justizministers in dem Bankgebäude, um Wertpapiere zu beschlagnahmen. Das Geld wurde ihm später auf der Straße wieder abgenommen. Das Gericht verurteilte den Schuldner wegen Umkehrung eines Urteils, Fälschung und Gebrauch gefälschter Urkunden, widerrechtlichen Tragens einer Uniform und Diebstahls zu fünf Jahren Gefängnis.

Bekanntmachung.

Nach § 799 der Reichsversicherungsordnung haben Unternehmer von Eigenbauarbeiten am Ende eines jeden Monats, spätestens 3 Tage nach dessen Ablauf einen Nachweis vorzulegen über:

1. die verwendeten Arbeitstage,
 2. den den Versicherten dafür gewährten Entgelt.
- Die Unternehmer von Eigenbauarbeiten werden auf genaue Befolgung dieser Bestimmung aufmerksam gemacht. Die Nichtbefolgung ist mit Ordnungstrafen bedroht.

Geisenheim, den 26. Januar 1920.

Der Bürgermeister.

Bekanntmachung.

Es wird an die rechtzeitige Einreichung der Umsatzsteuer-Erklärungen erinnert, die spätestens bis Samstag, den 31. Januar 1920 zu erfolgen hat.

Die Nichteinreichung der Erklärung zieht neben einem Zuschlag von 10% des Steuerbetrags eine Ordnungsstrafe bis zu 150 M. nach sich.

Geisenheim, den 27. Januar 1920.

Der Magistrat. (Umsatzsteueramt).

Bekanntmachung.

Im hiesigen Wirtschaftsamt kommen täglich während der Dienststunden folgende Artikel zum Verkauf:

Tomatenmark in Dosen per Stück	3.—	„
Maggis Suppenwürfel 3 Stück	0.35	„
Herbpuh „Onil“, per Stück	0.20	„
Boullionwürfel, „	0.02	„
Ge-Ge-Ge „Patet“	0.10	„
Wandelnussgebäckpulver „	0.20	„
Steril. Milch, per Dose	7.60	„
Cond. gezuckerte Milch per Dose	8.50	„
Deutscher Tee, per Dose	0.50	„
Getrocknete Zwiebeln		„

Geisenheim, den 24. Januar 1919.

Der Magistrat.

Glaserarbeiten, Buchbinderarbeiten, Einrahmungen, Brautkranzrahmen, Fotografierahmen — Familienrahmen, Postkartenrahmen, Wechselrahmen, gerahmte und ungerahmte Bilder, Galerieleisten, Hang- u. Steh-Kreuze, Postkarten, Kunstkarten, Ansichtsbilder, sowie alle einschlägigen Artikel bei

Georg Gundlach, Bingen a. Rh.

gegr. 1873. Salzstrasse 25.

Glaserel, Rahmenfabrik, Kunsthandlg., Buchbinderel.

Pelzwaren

Lager aller modernen Pelze.
Anfertigung und Umarbeitungen in bester fachmännischer Ausführung.

G. Gompertz

Ludwigstr. 1 Mainz Telefon 1595.

Wir machen unsere Stromabnehmer darauf aufmerksam, daß sie verpflichtet sind,

jeden Wohnungswechsel

uns sofort schriftlich anzuzeigen. Unterbleibt diese Anzeige, so wird ein etwaiger Stromverbrauch in der alten Wohnung dem bisherigen Inhaber weiter berechnet.

Rheingau Elektrizitätswerke A. G.
Eltsville am Rhein.

Festhalle Frankfurt a. M.

Art Oberammergauer Passions-Festspiele.

Unter persönlicher Leitung und Mitwirkung der berühmten Christus- und Judasdarsteller Ad. und Gg. Fassnacht aus Bayern.

800 Mitwirkende.

Spieltage: Vom 24. Januar bis 1. Februar jeden Abend 7 Uhr. Ausserdem am 25., 28., 31. Januar und 1. Februar auch nachm. 2 Uhr und abends 7 Uhr. Vorverkauf der Karten: Musikalienhandlg. A. Peit, Katharinenstraße 1, Telefon Hansa 3046 sowie 1 Stunde vor Beginn an der Festhallenkasse.

Nach Schluss der Nachmittags-Aufführungen Anschluss der Züge nach allen Richtungen.

Geschäftsstelle der Passionsspiele: Festhalle Frankfurt a. M.

Buch- und Kunstdruckerei

Arthur Jander

Verlag der Geisenheimer Zeitung



Alle Drucksachen

für den privaten Bedarf,

für Handel, Industrie und

Gewerbe, sowie Behörden

H. Nickel, Dentist

Geisenheim, Landstr. 56¹.

Sprechstunden für Zahnleidende:

Dienstags und Freitags von 8—1 Uhr.

Zahnziehen. — Plombieren.

Zahnersatz in Gold und Kautschuk.

Obst und Gemüse

Koch-, Tafeläpfel und Birnen

Zitronen und Apfelsinen

Margarine, auch holl.

Süßrahmmargarine

Corned Beef pp.

Tüfiter u. holl. Gouda-Käse

Handkäse Lachsblättlinge

Schwarzwurzel

Merrettig

Gelb- u. Roterüben.

Frau

Vene diht Rothhaupt Wwe

Bertaufche

Gerfweiden

gegen

Kartoffeln.

Zu erfragen in der Geschäftsstelle.

Französ. Cognac

ganze und halbe Flaschen

wieder eingetroffen.

Gieshm. Gies

Vindenpl. 2. Telef. 208.

Täglich

frische Wurst

Pferdefleisch

nur gegen Bestellung

Samstags bei

Karl Rath, Gastwirt

Weinstraße 11.

Tüchtiges Mädchen

für sofort gesucht.

Frau El. Herkin

Landstraße Nr. 55.

Besuchskarten

Buchdruckerei Jander

Carbolineum

Marke „Ewige Hütten“

bestenprobte Qualität.

G. F. Dilonenzi

Telefon 134.

Entlade
in den nächsten Tagen

Streuholz

sowie auch

Langholz

zum Ausschütteln.

Bestellungen nimmt entgegen.

Carl Dillmann

Landstr. 44. Telefon 265.

Hohe Preise

zahlen wir für jede Menge

Altmetalle

wie Eisen, Wsche und

Bruchgut.

Val. Waas, Inh. Gebr. Waas

Geisenheim a. Rh.

Bordeaux-, Sekt-,

Cognac-

und brauchbare

Weißweinflaschen

kaufen zu Mk. 1.— das Stück

Reuhans & Müller.

Äpfel.

verschiedene Sorten und jedes Quantum hat billig abzugeben.

E. Dillmann

vorm. Gregor Dillmann

Kirchstr. 18. Telef. 198.

Imprägnierte

Weinbergspfähle,

Stieckeln,

Bretter und Latten.

In verschiedenen Sorten

und Qualitäten.

Gefägte Tannen, ge-

reißene Eichen, Prima ge-

fügte Eichen und Rund-

hölzer Eichen etc.

Weinbergsstäbchen

imprägnierte sowie Eichen

von 1,50, 1,75, 2 m u. höher.

Verband gegen Nachnahme.

E. Dillmann,

vorm. Gregor Dillmann

Kirchstr. 18. Tel. Nr. 198.

Hotel Restaurant, Cafe

Hotel zur Linde

Telefon Nr. 205.

Bürger-Gesellschaft

Geisenheim a. Rh.

Donnerstag Abend 7 1/2 Uhr

im Hotel „zur Linde“

Unterhaltungs-Abend

mit Damen.

Zahlreiche Beteiligung ist

sehr erwünscht.

Der Vorstand.

Turnerschaft

Geisenheim

von 1858.

Heute Abend:

Turnstunde

der aktiven Turner und

Böglinge. Vollzähliges Er-

scheinen dringend erwünscht.

Der Turnauschuß.

Gesangverein

Lieder-

kranz.

Unserem

verehrten Dirigenten, Herrn

Karl Adam

zu seinem

morgigen

Namens-

tage die

herzlichsten

Glück- und Segenswünsche.

Sämtliche Sänger.

Die regelmäßigen

Gefangstunden

finden jetzt Dienstags abends

punkt 7 Uhr statt.

Die Sänger werden ge-

beten, pünktlich und voll-

zählich zu erscheinen.

Der Dirigent.

„Cäcilia“

Geisenheim.

Veranstaltung Andr. Vor

Mittwoch Abend 7 Uhr:

Gefangstunde.

Der Dirigent.

Geflügel-, Kaninchen-

Vogelzucht- u. Schutz-

verein Mittelhessengau

Es ist ein Quantum

Geflügel-Wachsfutter ein-

getroffen, das Bld. zu 43

Bld. zu haben bei dem

1. Vorsitzenden J. Boll-

stadt, Kirchstr. 13.

Auch stehen bei dem-

selben ein Schwarzloß mit

Ehrenpreis prämi. und ein

deutscher Niesen-Scheden-

Nammler zum Deden frei.

Mitglieder haben Preis-

mäßigung.

Der Vorstand.

Wissen Sie das Alter

Ihrer Hühner?

Spiral-Geflügel-

Fussringe

in verschiedenen Farben

empfiehlt

P. Jos. Klein Geisenheim

Steinheimerstr. 5.